

Neue

Freie
Zeitung

Nr. 49 • Freitag, 9. Dezember 2022

€ 0,80

Österreichische Post AG

WZ 020302878 W

Neue Freie Zeitung (NFZ), Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a,
A-1080 Wien - Tel.: 01 512 35 35 0 - Fax: 01 512 35 35 9

Retouren an NFZ, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

Trotz Strompreisexplosion Zwang zu „Stromfressern“

Als völlig unverständlich kritisieren Salzburgs Freiheitliche die Propaganda der Landesregierung für kostenintensive Wärmepumpen. „Das bedeutet strombedingte Mehrkosten in Höhe von mehreren tausend Euro pro Jahr“, kritisiert die freiheitliche Landesparteiobfrau Marlene Svazek.

S. 13



Foto: FPÖ Salzburg

ÖVP bewirbt jetzt die Asyleinwanderung!

Innenminister informiert Illegale über „korrekten Zuzug“ in unseren Sozialstaat S. 2/3



Mehr Menschen im Land, aber weniger Arbeitskräfte

Die Folgen des Bevölkerungswachstums durch Asyl-Migration – S. 4/5

PARLAMENT

Demenz-Pandemie im Usa

Nach ÖVP-Kanzler Karl Nehammer glänzte auch die „Kurz-Erfinderin“, Niederösterreichs ÖVP-Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner mit Erinnerungslücken vor dem „ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss“ des Nationalrats.

S. 6

AUSSENPOLITIK

EU-Erpressung

Die EU-Kommission hat mit ihrer Empfehlung, Ungarn wegen „Rechtsstaatlichkeitsproblemen“ 13 Milliarden Euro an Fördergeldern vorzuenthalten, ihre wahre Absicht aufgezeigt. Sie will ihren schärfsten Kritiker Viktor Orbán aus dem Amt erpressen.

S. 8/9

WIEN

Brüskierung

Während im Rathaus der Untersuchungsausschuss zum Milliardenkandal Wien Energie startete, machte das Unternehmen 350.000 Euro für die Betriebs-Weihnachtsfeier locker. Für die FPÖ eine skandalöse Brüskierung der Kunden und der Steuerzahler.

S. 11

MEDIEN

Zu viel Freiheit?

Österreichs Online-Vermarkterkreis fürchtet um das Image der Unternehmen, die weiter am Kurznachrichtendienst „Twitter“ werben wollen. Die vom neuen Besitzer angekündigte „volle Meinungsfreiheit“ geht den Werbevermarktern zu weit.

S. 14



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

In seiner Jahresbilanzpressekonferenz hat der ÖVP-Innenminister die schwarz-grüne Katze aus dem Sack gelassen. Deren größte Sorge war es, einen „heißen Herbst auf den Straßen“ zu verhindern. Nein, nicht die Beendigung von Teuerungswelle oder Massenzuwanderung waren vorrangig Aufgabe der Regierungsarbeit, sondern das Ruhigstellen der Bevölkerung!

Krassestes Beispiel dafür war wohl die Parlamentsrede jener ÖVP-Abgeordneten, welche die Teuerungswelle als „Einbildung“ der von der Opposition „aufgehetzten Bürger“ darzustellen versuchte.

Zwei Albtraumwelten

Keine Sorge, die Koalition kümmernt sich um die Bürger. Die Almosenverteilung dazu übernimmt von der COFAG jetzt die „Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH“, kurz AWS, ließ die grüne „Klimaministerin“ verlaublich.

Die soll dafür sorgen, dass jene 400.000 Personen das „Klimaalmosen“ erhalten, die Gewesslers Klima-Clan bisher nicht „erreichen“ konnte und die mit ihren 15.000 Beschwerden pro Tag Gewesslers Clan von umfangreicherer Entscheidungspolitik zur „Klimaretterung“ abgehalten haben.

Dagegen opponieren in erster Linie wieder jene „gewaltbereiten Rechtsextremen, Rechtsradikalen und Nazis“, die der Grüne Umweltsprecher Lukas Hammer bereits bei den Corona-Demos der Freiheitlichen ausgemacht hat.

Wie zur Zeit des schwarz-grünen Coronawahns werden besorgte und kritische Bürger schon wieder zu Demokratiefeinden herabgewürdigt. Aber das ist natürlich keine „Hassrede“ oder „Hetze“. Diese Tatbestände erfüllen nur jene, die Kritik an dieser „Besten aus zwei Albtraumwelten“-Regierung üben.

Karner's Anleitung zur illegalen Einwanderung

ÖVP-Minister lässt von der Polizei Tipps zur Einwanderung unter dem Asylrecht

Wenn ihr nicht nach Ungarn zurückwollt, stellt doch bitte einfach einen Asylantrag in Österreich! So lautet der Inhalt eines „Info-Blattes“ des Innenministeriums, das der FPÖ zugespielt wurde. „Noch unverblümt kann man die ‚neuen Völkerwanderer‘ gar nicht einladen“, empörte sich FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl.

Den bisherigen Höhepunkt bei den hilflosen Versuchen zur Eindämmung der Masseneinwanderung von ÖVP-Innenminister Gerhard Karner stellt wohl das der FPÖ zugespielte „Info-Blatt“ dar, das Karner von seinen Polizisten an die aufgegriffenen illegalen Einwanderer verteilen lässt.

Afghanen, Inder oder Pakistani werden in ihrer Muttersprache – und zur Sicherheit auch auf Englisch – angewiesen, was sie zu tun haben, um nicht sofort nach Ungarn zurückgewiesen zu werden: „Sie können hier in Österreich direkt bei der Polizei einen Asylantrag stellen. Machen Sie das, müssen Sie längerfristig in Österreich für die weitere Abwicklung bleiben. Wollen Sie keinen Asylantrag in Österreich stellen, weil sie zum Beispiel in ein anderes Land weiterreisen wollen, werden sie sofort nach Ungarn zurückgewiesen!“

Anleitung zur Asyleinwanderung

„So etwas kann man eigentlich gar nicht erfinden: Die angeblich so restriktive Asylpolitik der ÖVP sieht so aus, dass die illegalen Einwanderer im Burgenland sogar schriftlich eingeladen werden, hierzubleiben“, kritisierten FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl und FPÖ-Si-

cherheitssprecher Hannes Amesbauer den jetzt aufgefliegenen Gipfel des „schwarz-grünen Welcome Service“ für illegale Immigranten.

Allerspätestens jetzt muss jedem klar sein, warum Österreich mit mehr als 101.000 Asylanträgen bis 20. November 2022 neben Deutschland, Frankreich und Spanien die unrühmliche Nummer vier bei der absoluten Zahl der Asylanträge ist und, gemessen an der Einwohnerzahl, sogar Spitzenreiter.

Rückweisen statt einlassen!

Statt illegale Einwanderer entsprechend der EU-Rechtslage zurückzuweisen, werden sie geradezu förmlich zur Inanspruchnahme des österreichischen Asylsystems eingeladen. „Das ist wahnwitzig und sofort abzustellen. Karner hat sofort zu veranlassen, dass diese ‚Info-Blätter‘ eingestampft werden“, forderte Kickl: „Die Grenzen für illegale Einwanderer sind dichtzumachen, das Asylrecht auf österreichischem Boden muss ausgesetzt und Zurückweisungen müssen konsequent umgesetzt werden. Österreich muss für illegale Einwanderer unattraktiv werden!“

Es sei Aufgabe des ÖVP-Innenministers, die „neue Völkerwanderung“ endlich zu stoppen, fügte



FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl auf, seine „Asylbewerbungs-

Amesbauer hinzu. Wenn aber solche Informationen an der burgenländischen Grenze verteilt werden, dürfe man sich über die explodierenden Asylzahlen nicht wundern. „Diese Asylkrise hat einzig und allein die ÖVP, und hier allen voran Kanzler Nehammer und sein Innenminister zu verantworten. Selbst die gescheiterte EU-Asylpolitik kann dabei die beiden nicht aus der Verantwortung nehmen, diesen Einwanderungswahnsinn in Brüssel auch noch durch eigene Blödsinnigkeit zu übertrumpfen. Anders kann man diese „Info-Aktion“ nicht be-



SPITZE FEDER Schwarz-grünes Blackout.

IMPRESSUM

Offenerlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: andreas.schoen@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29
Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien
Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: BKAUATWW
IBAN: AT41 1200 0006 0257 4105
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

len Einwanderung

recht an illegale Einwanderer verteilen



ck und Sicherheitsprecher Hannes Amesbauer fordern ÖVP-Innenministerinformation einzustellen und illegale Einwanderer zurückzuweisen.

zeichnen“, fand Amesbauer deutliche Worte in Richtung ÖVP.

ÖVP agiert gegen Österreicher

In seinem eigenen Verantwortungsbereich setzte Karner auch in seiner „Jahresbilanz“ weiterhin auf Tarnen, Tricksen und Täuschen sowie auf das Abschieben der eigenen Verantwortung in Richtung EU. Dies entlarvte er mit seiner „größten Sorge“, als die er die Angst der Koalition vor einem „heißen Herbst auf den Straßen“ infolge des nicht enden wollenden Versagens der Koalition bei der Be-

kämpfung der Teuerungswelle bezeichnete.

Dies bewerte Amesbauer als „geradezu schauerhaftes Demokratieverständnis“ Karners: „Die ‚Corona-Leugner‘ sind in den Augen der ÖVP jetzt pauschal zu ‚Putin-Verstehern‘ und ‚Hetzern gegen Asylanten‘ mutiert. Was ist das für eine Einstellung eines Innenministers, wenn große Teile der Bevölkerung mit derartigen Kampfbegriffen punziert und in ein radikales Eck gerückt werden, die vom Staatsschutz verfolgt gehören? Schauerhaft!“

KURZ UND BÜNDIG



Vorbild Ungarn

Wie man sich gegen die Willkür der Europäischen Institutionen wehrt, hat Ungarn diese Woche vorgezeigt. Mit der Drohung, andere EU-Beschlüsse zu blockieren, wurde eine Neubewertung der Reformen im Justizapparat erreicht. „Ich habe volles Verständnis für die Haltung unseres Nachbarlandes. Man kann sehen, was alles möglich ist, wenn sich eine Regierung für die eigenen Interessen einsetzt und nicht alles abnickt, was von Brüssel angeschafft wird“, erklärte dazu FPÖ-Europasprecherin Petra Steger (Bild).

Wozu dann Asylverfahren?

Die Forderung von Wiens SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig und des Tiroler ÖVP-Wirtschaftsbundes zur Zulassung von Asylwerbern zum Arbeitsmarkt wies FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch (Bild) prompt zurück: „Durch die Zulassung von Asylwerbern zum Arbeitsmarkt werden Asylverfahren de facto überflüssig. Zudem wäre das ein fatales Signal in die Herkunftsländer der Wirtschaftsflüchtlinge, das zu einem weiteren Ansturm von illegalen Migranten führen würde.“



Expertenmangel zu Impfpflicht?

Wie wenig ÖVP, SPÖ, Grüne und Neos von direkter Demokratie und dem Willen des Souveräns, des Bürgers, halten, sehe man an deren Experten-Nominierung für den kommenden Gesundheitsausschuss, bemerkte FPÖ-Gesundheitssprecher Gerhard Kaniak (Bild): „Während die Freiheitlichen den Verfassungsexperten Michael Geistlinger beiziehen, fällt der ‚vereinten Linken‘ inklusive ÖVP nur ein einziger gemeinsamer Fachmann für Beratungen über jene drei Volksbegehren ein, die eine Rücknahme des Impfpflichtgesetzes fordern.“ Hat man Angst, von anderen Experten des Irrtums überführt zu werden?



SPRUCH DER WOCHE



„Die Zusammenarbeit funktioniert gut, pragmatisch und vernünftig.“

Gerhard Karner
5. Dezember 2022

Die Erklärung des ÖVP-Innenministers zur Zusammenarbeit mit den Grünen kann sich wohl nicht auf die Asyl- und Migrationspolitik beziehen.



BILD DER WOCHE Wien auf Pekings Spuren bei den Corona-Zwangmaßnahmen gegen die Bürger: Das Impf-Maskottchen „Boosta“ schleift zwei Ungeimpfte zur „freiwilligen“ Impfung.



Vertuschen, Verschleppen, Vergessen: ÖVP-Taktik ist so durchschaubar wie skandalös

Von Christian Hafenecker, FPÖ-Fraktionsführer im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss

Wenn der aktuelle ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss neben der eklatanten Korruptionsanfälligkeit und dem fehlenden Unrechtsbewusstsein der ÖVP eines gezeigt hat, dann, dass die Spitzenfunktionäre der Schwarzen allesamt rasch in ärztliche Behandlung und nicht in die Spitzenämter dieser Republik gehören.

Denn plötzlich auftretende Amnesie, fehlende Erinnerung, Anwendungen von Alzheimer und zu guter Letzt anscheinend fehlendes Wissen, was im eigenen politischen Einfluss- und Aufgabenbereich eigentlich vor sich geht, verdeutlichen, dass die Politiker der Volkspartei, vom Bundeskanzler über Minister und Landeshauptleute bis hin zu Spitzenbeamten, nicht in der Lage sind, Amtsgeschäfte korrekt und gewissenhaft zu erledigen.

Dem Bürger ist es folglich nicht zuzumuten, von solchen Repräsentanten regiert zu werden.

Die ÖVP hat aber auch in anderer Hinsicht ihre Maske fallen lassen. Nämlich in ihrer besonders seit Sebastian Kurz gelebten Verachtung des Parlamentarismus und hier des Kontrollgremiums des Untersuchungsausschusses.

Kaum ein Befragungstag, an dem die Vertreter der Volkspartei nicht für die Aufklärung und Transparenz verlangende Öffentlichkeit wichtige Befragungen torpediert, stört und sabotiert. Und das mit tatkräftiger Schützenhilfe des Ausschussvorsitzenden Wolfgang Sobotka, der trotz dem Faktum, dass er selbst Gegenstand von Justiz-Ermittlungen und Teil der Akten des U-Ausschusses ist, nicht daran denkt, den Vorsitz abzugeben.

In gemeinsamen Kraftanstrengungen versuchen die

ÖVP-Mandatare, der Nationalratspräsident und auch der neue Generalsekretär der ÖVP, Christian Stocker, durch endlose Geschäftsordnungsdebatten, Zwischenrufe, das Anzweifeln der Zulässigkeit von Fragen und andere Kindereien den Befragungsfluss und somit auch das Substrat dieser zu behindern.

Mit dem Juristen Stocker hat die ÖVP überhaupt einen altgedienten Parteisolddaten an die vorderste Abwehrfront „zwangsbefördert“. Schon im U-Ausschuss fiel Stocker immer wieder als „Geschäftsordnungs-Bulldozer“ auf.

„Die ÖVP hat aber auch in anderer Hinsicht ihre Maske fallen lassen. Nämlich in ihrer besonders seit Sebastian Kurz gelebten Verachtung des Parlamentarismus.“

Neuerdings tritt er immer dann in Erscheinung, wenn es für die ÖVP bei den Befragungen allzu brenzlich wird, vermutlich auch, um das Dauerfeuer vom Ausschussvorsitzenden Sobotka abzulenken.

Was die jüngste Befragung der ÖVP-Prominenz in Form von Bundeskanzler Karl Nehammer und der niederösterreichischen „Schattenkanzlerin“ Johanna Mikl-Leitner betrifft, so ist festzuhalten, dass beide im ÖVP-Korruptionssumpf eine führende Rolle einnehmen und

immer noch einnehmen. Sie konnten die vielen damit verbundenen Verdachtsmomente und Vorwürfe keineswegs ausräumen. Im Gegenteil. Beide Auftritte waren eine

wartbare Mischung aus Arroganz und Verhöhnung des Parlamentarismus. Ebenso entlarvend ist die immer plumper angewandte Strategie des „Vertuschens, Verschleppens und Vergessens“, die längst nicht mehr zieht.

Denn besonders was die niederösterreichische Landeshauptfrau Mikl-Leitner betraf, konnte man feststellen, dass dort, wo plötzlich Erinnerungslücken und Amnesie auftraten, es etwas zu verbergen gab, wo man Mikl-Leitner auf die Schliche gekommen war.

Klar wurde jedenfalls: Karl Nehammer sitzt dort, wo er ist, weil es die ÖVP Niederösterreich so wollte. Und die ÖVP Niederösterreich in Form

von Mikl-Leitner war nicht nur Wegbereiterin, sondern Erfinderin eines gewissen Sebastian Kurz, dessen türkisches „Projekt Ballhausplatz“ man in den Folgejahren von St-Pölten aus massiv unterstützte. Daher war es geradezu folgerichtig, dass die Partei bei der Landtagswahl am 29. Jänner auch nur noch als Mikl-Leitner-Anhängsel kandidiert, als Liste „LH Johanna Mikl-Leitner – VP NÖ“.

Aber nicht nur das. Die von Ernst Strasser begonnene schwarze Einfärbung des Innenministeriums mit Postenschachern samt Interventionen am laufenden Band wurde unter Mikl-Leitner und ihren niederösterreichischen Nachfolgern Wolfgang Sobotka, Karl Nehammer und Gerhard Karner ohne Genierier fortgeführt.

Die ÖVP Niederösterreich ist die Quelle des schwarzen Skandalsumpfes, den Sebastian Kurz auf Bundesebene zum Überquellen brachte und der seither diese Republik in Atem hält. Es ist daher längst überfällig, dass den Bürgern die Möglichkeit zur Abwahl dieses Systems gegeben wird – durch Neuwahlen im Bund und in Niederösterreich bei der Landtagswahl am 29. Jänner!



Foto: NFZ



Thema der Woche

Weil seit Jahren eine unkontrollierte I

Mehr Me Österreichs Wohnbevölkerung

Weil Einwanderung nicht kontrolliert erfolgt, sondern über das Asylwesen, zeigt sich in Österreich das Phänomen, dass trotz wachsender Bevölkerung durch die massenhafte Einwanderung junger Männer die Wirtschaft über einen wachsenden Fachkräftemangel klagt. Das zeigt sich auch in der steigenden Belastung des Sozial- und Bildungssystems.

Österreichs Bevölkerung wächst nur mehr durch die Einwanderung. Ohne sie würde die Zahl der Einwohner des Landes bis 2080 auf das Niveau der 1950er-Jahre sinken, berichtete die Statistik Austria vergangene Woche.

Lebten 1951 noch 6,9 Millionen Menschen in Österreich, sind es heuer schon neun Millionen. Bereits Mitte der 2050er-Jahre wird Österreich die Zehn-Millionen-Marke durchbrechen und bis 2080 auf 10,5 Millionen Einwohner anwachsen. Ohne Einwanderung würde Österreich schrumpfen und zwar bis zum Jahr 2080 auf 6,7 Millionen Menschen.

Also ist „das gut so“, wie uns der ORF in einem „ZIB“-Beitrag beehrte?



Immigration unter dem Asylrecht erfolgt, wächst zwar die Bevölkerung, aber es fehlen im Land die Arbeitskräfte, die benötigt würden.

Menschen, weniger Erwerbstätige

Bevölkerung wächst wegen der Einwanderung, aber die Zahl der Arbeitsbevölkerung schrumpft

Leider nicht, denn im Gegensatz zu den typischen Einwanderungsländern erfolgt diese nicht kontrolliert, also den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes angepasst, sondern willkürlich über das Asylrecht.

Das zeigt sich in dem Phänomen, dass trotz Bevölkerungswachstum die Zahl der Erwerbstätigen sinkt.

Falsches Bevölkerungswachstum

Vor zehn Jahren zählte Österreich 8.401.940 Einwohner und 4.311.696 Erwerbstätige. Im Vorjahr lebte über eine halbe Million Menschen mehr im Land, aber die Zahl der Erwerbstätigen schrumpfte gegenüber 2012 um rund 5.500, die Zahl der Arbeitslosen liegt um 70.000 über der 2012.

Das liegt zum Einen daran, dass derzeit die geburtenstarken Jahrgänge in die Pension drängen, aber der massenhafte Zuzug nicht deren Qualifikation hat, um die freiwerdenden Arbeitsplätze zu besetzen. Also Fachkräftemangel trotz Masseneinwanderung.

„Aus einem Land mit ausgesuchten Gastarbeitern aus Ex-Jugoslawien oder der Türkei ist ein zentraleuropäischer Großhafen für Asylwerber aus Afghanistan, Syrien bis Somalia geworden“, be-

schrrieb das Nachrichtenmagazin „profil“ Mitte November treffend den Systemwechsel in der Einwanderungspolitik.

Laut Statistik Austria verfügt – selbst nach allen Gratis-Integrationsangeboten – nur knapp mehr als ein Drittel der in letzter Zeit Eingewanderten über ausreichend Deutschkenntnisse, um am Arbeitsmarkt unterzukommen. Die Analphabeten-Rate ist laut Integrationsbericht in den Einwanderungswellen seit 2015 auf fast 75 Prozent hochgeschwollen – und es sind in erster Linie junge Männer im eigentlich arbeitsfähigen Alter.

Der Integrationswille bei den Einwanderern der letzten Jahre lässt zu wünschen übrig, wird aber auch durch die großzügige Vergabe von Aufenthaltstiteln – Stichwort: humanitärer Schutz – und Sozialleistungen gefördert. Allein in Wien, wo sich 60 Prozent der knapp 200.000 Mindestsicherungsbezieher aufhalten, haben aktuell 57 Prozent davon keinen österreichischen Pass.

Drei Viertel der im Ausland geborenen Personen haben laut Statistik Austria ihre höchste Ausbildung im Ausland und zwar größtenteils in ihrem Herkunfts-

land abgeschlossen, also keine Aus- oder Weiterbildung in Österreich in Anspruch genommen.

Einwanderung in den Sozialstaat

Detaillierter sind die Zahlen aus Deutschland: Von den 438.000 arbeitsuchenden Asyl-Einwanderern aus den Top-8-Herkunftsländern verfügen 87 Prozent über keinen Berufsabschluss, nur vier Prozent besitzen eine Berufsausbildung, sieben Prozent sind Akademiker. Von den 2015/16 nach Deutschland „eingeladenen“ Einwanderern gehen nach jüngsten Daten rund die Hälfte noch immer keiner Arbeit nach. 70 Prozent aller seit 2016 eingewanderten „jungen Leute“ aus den Krisenländern, die eine Ausbildung in Bayern beginnen, brechen diese wieder ab.

Das Problem wächst auch in Österreich weiter an: Rund 32.000 Kinder und Jugendliche, die wegen mangelnder Deutschkenntnisse dem Unterricht nicht folgen können, werden als außerordentliche Schüler geführt.

Die jüngste Studie zu den 2018 eingeführten „Deutschförderklassen“ bestätigt diesen Trend: 21 bis 55 Prozent der Schüler erreichen die sprachbezogenen Ziele nicht.

Tabelle 2: Ausländische Staatsangehörige – Top-15-Nationalitäten 2015 und 2022

Staatsangehörigkeit	01.01.2015	01.01.2022	01.04.2022
Ausländische Staatsangehörige zusammen	1 146 078	1 586 709	1 642 026
darunter: Deutschland	170 475	216 731	218 347
Rumänien	73 374	138 408	140 454
Serbien	114 289	121 613	121 643
Türkei	115 433	117 625	117 944
Bosnien und Herzegowina	92 527	97 347	97 676
Kroatien	66 475	95 297	96 759
Ungarn	54 939	94 411	94 595
Syrien	11 255	68 358	70 901
Polen	54 262	66 090	66 155
Ukraine	8 582	12 673	52 803
Slowakei	32 052	46 707	46 944
Afghanistan	16 779	45 120	45 394
Bulgarien	19 607	35 879	36 335
Italien	22 465	35 696	36 051
Russische Föderation	30 032	33 926	34 392

Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungsstandes.

Grafik: Statistik Austria

25,4 Prozent der Bevölkerung Österreichs hat Migrationshintergrund.



HOHES
HAUS

Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

Im Jahr 1702 erschien Tom Browns „Letters Form the Dead to the Living“. Darin reist die Hauptfigur in die Hölle und berichtet, wie es da unten aussieht. Bemerkenswert ist, dass Luzifer ihn in einen regenbogenfarbenen Mantel kleidet, ein Kostüm, das in der Renaissance als das Symbol für den Narren schlechthin galt. Daran muss ich unweigerlich denken, wenn da und dort die Regenbogenfahne, das Symbol der sogenannten „queeren Bewegung“ auf öffentlichen Gebäuden der Stadt Wien oder bei Pressekonferenzen linker Politiker präsentiert wird.

Im Zeichen des Narren

Jetzt soll die Regenbogenfahne auch vom Dach des um eine halbe Milliarde Euro renovierten Parlamentsgebäudes wehen dürfen. Das beinhaltet der Vorschlag des Präsidenten Sobotka (ÖVP!) zur Hausordnung des Parlamentes: „Der Präsident bzw. die Präsidentin des Nationalrates kann bei besonderen Anlässen (z.B. bei Staatsbesuchen) anordnen, dass vorübergehend auch andere Flaggen vor oder auf dem historischen Parlamentsgebäude gehisst werden.“

Eine Bestimmung, die aufs Erste harmlos, ja selbstverständlich klingt, es aber nicht ist. Durch die Verwendung unbestimmter Begriffe wie „besondere Anlässe“ oder „auch andere Flaggen“ wird dem Unfug Tür und Tor geöffnet. Die Änderung der Hausordnung bedarf der Einstimmigkeit in der Präsidiale. Der Freiheitliche Parlamentsklub ist der Garant dafür, dass die Regenbogenfahne nicht als offizielles Symbol behandelt wird. Nur Flaggen von Staaten und völkerrechtlich anerkannten Organisationen haben an offiziellen Orten der Republik einen Platz.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Beschwerde-Ringelspiel

Wer seinen Klimabonus noch nicht erhalten hat, darf sich jetzt an die „Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH (aws)“ wenden, die von der Regierung als Schlichtungsstelle eingesetzt wurde. Diese untersteht dem Wirtschafts- und dem „Klimaschutzministerium“. „Hier wird die Bevölkerung verschaukelt und zum zivilrechtlichen Vorgehen auf eigene Kosten gezwungen“, kritisierte FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl das „Beschwerde-Ringelspiel“.



Foto: AWS

ENERGIEPOLITIK

Kostentreiber stoppen

Die Systemnutzungsentgelte-Verordnung für 2023 und die daraus resultierenden weiteren Belastungen erfordern im Wirtschaftsausschuss eine aktuelle Aussprache mit der grünen Ministerin Gewessler, erklärte FPÖ-Wirtschaftssprecher Erwin Angerer angesichts drohender Netzgebühren-Erhöhungen.

„Nulllohnrunde“ für Politspitzen, Energiekonzernchefs

Kein Gehaltsplus für Verursacher und Profiteure der Teuerungskrise

In der schwersten Krise des Landes forderte FPÖ-Chef Herbert Kickl eine Aussetzung der Gehaltserhöhung für die Spitzen der Politik und der heimischen Energiekonzerne.

„Während die Bevölkerung unter der größten Teuerung der Zweiten Republik leidet und die Menschen nicht mehr wissen, wie sie sich das tägliche Leben leisten können, ist eine Gehaltserhöhung für Spitzenpolitiker und Manager staatsnaher Konzerne ein Akt der Bürgerfeindlichkeit und Abgehobenheit“, erklärte der FPÖ-Parteiobmann zu seiner Forderung nach einer Nulllohnrunde für Spitzenpolitiker und Manager von Energiekonzernen.

Eine verantwortungsbewusste und bürgerfreundliche Politik habe



Foto: NFZ

Kickl: Keine Gehaltserhöhung für Spitzenpolitiker und Energiemanager.

die Aufgabe, die Bevölkerung, die von der Teuerungswelle besonders hart getroffen werde, zu unterstützen, betonte Kickl: „Wenn es den Sozialdemokraten mit ihrem

Kampf gegen die Teuerung, die sie auf Länderebene selbst mitverursacht haben, ernst ist, dann müssen sie unsere freiheitlichen Forderungen unterstützen!“

Öl-Preisdeckel setzt die Katastrophe fort

Während EU-Staaten wie Ungarn, Tschechien und die Slowakei eine Ausnahmeregelung für russisches Erdöl auf unbefristete Zeit



Foto: NFZ

in Anspruch nehmen, verfolgt die schwarz-grüne Bundesregierung „konsequent ihre bevölkerungs- und wirtschaftsfeindliche Linie im Sinne der EU-Hörigkeit“, kritisierte FPÖ-Wirtschaftssprecher Erwin Angerer (Bild) die Zustimmung Österreichs zum „Öl-Preisdeckel“ der EU.

„Im vorausseilenden Gehorsam vergisst unsere Regierung wieder einmal darauf, dass sie nicht der EU, sondern den Österreichern zu dienen hätte und alles in ihrer Macht Stehende tun müsste, um jeglichen Schaden von diesen abzuwenden. Stattdessen ist man

auch beim Öl-Embargo wieder vorne mit dabei“, betonte Angerer.

Dieses Öl-Embargo werde die bereits nachlassenden Preise wieder in die Höhe steigen lassen. Somit werde nicht nur das Öl teurer, sondern in der Folge auch alle Produkte des täglichen Lebens. „Die Leidtragenden dieser unsinnigen wie wirkungslosen Maßnahme werden einmal mehr die Bevölkerung, die Wirtschaft, die soziale Sicherheit und der hart erarbeitete, bescheidene Wohlstand in Österreich sein“, kritisierte Angerer zugleich die Unterstützung dieser EU-Sanktion durch SPÖ und Neos.

Auch Mikl-Leitner von „Kurz-Amnesie“ befallen

Die „Kurz-Erfinderin“ verschaukelte den U-Ausschuss mit absurden Erinnerungslücken

Nach dem Motto „Vertuschen, Verschleppen und Vergessen“ versuchte Niederösterreichs ÖVP-Landeshauptfrau, den von ihrer Partei ausgehenden schwarzen Skandalsumpf wegzureden. „Wie kann ein Menschen mit einer derartigen Amnesie überhaupt noch geschäftsfähig sein?“, wunderte sich Christian Hafenecker.

Dass ausgerechnet Johanna Mikl-Leitner vom „Projekt Ballhausplatz“, mit dem Sebastian Kurz und sein Umfeld die Machtübernahme in Partei und Republik planten, überhaupt nichts mitbekommen haben will, war für den FPÖ-Fraktionsobmann im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss Christian Hafenecker eine „reine Verhöhnung des Parlaments“.

Nur Erinnerungslücken

Denn Mikl-Leitner sei doch die „Erfinderin“ des Sebastian Kurz, erinnerte Hafenecker: 2013, als Kurz ÖVP-Außenminister wurde, habe sie ihm als Innenministerin den Österreichischen Integrations-

fonds (ÖIF) sozusagen als „Morgengabe“ in dessen neues Ressort mitgegeben. Genau jenen Fonds, den Kurz für ausgedehnte Medienkampagnen genutzt und deshalb auf 55 Millionen Euro aufgeblasen habe. Laut einem an die Öffentlichkeit gelangten Organigramm sei mehr als die Hälfte der Protagonisten des „Projekt Ballhausplatz“ aus der ÖVP Niederösterreich gekommen, zeigte Hafenecker auf: „Aber sie will nichts davon gewusst haben?“

Auch beim möglichen Postenschacher bei der Bestellung des Landespolizeidirektors konnte sich Mikl-Leitner nicht mehr erinnern, dass das Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlicher



Foto: WZ

Hafenecker: Ist in der ÖVP eine Demenz-Pandemie ausgebrochen?

Dienst und Sport das zwischen ihr und dem damaligen ÖVP-Innenminister Karl Nehammer zustandgekommene „Einvernehmen“ wegen fehlender Qualifikationen des ÖVP-Kandidaten heftig kritisiert hatte. „Die Niederösterreich-Cli-

que um Mikl-Leitner, Wolfgang Sobotka und Nehammer hat die von Landsmann Ernst Strasser begonnene Kaperung des Innenministeriums durch die ÖVP vollendet“, zeigte Hafenecker den „tiefen Staat“ der ÖVP auf.

Kocher als Arbeitsminister endgültig gescheitert

„Das ‚Beste aus beiden Welten‘ ist wieder einmal an den eigenen Ansprüchen gescheitert“, kommentierte FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch das bekanntgewordene Platzen der Reform der Arbeitslosenversicherung.

Seit mittlerweile drei Jahren warte man auf die Reform des Arbeitslosengesetzes. Ein dringender notwendiger Schritt wie die Valorisierung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe in Zeiten der Hochinflation werde mit dem Scheitern der Reform auf die lange Bank geschoben.

„Keine Reform ist – auch wenn das Scheitern von Kochers neoliberalen Vorstellungen zu begrüßen sei – trotzdem keine Lösung, zumal die Prognosen düster aussehen. Für das kommende Jahr rechnen Experten mit einer Rezession und dadurch mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Es braucht daher eine Reform“, mahnte Belakowitsch.

Martin Kocher sei damit als Arbeitsminister endgültig gescheitert. Das Aus für die Arbeitslosenversi-



Foto: WZ

Belakowitsch: Kocher soll gehen.

cherungsreform reihe sich nahtlos in sein Pleiten-, Pech- und Pannenregister ein, bemerkte die FPÖ-Sozialsprecherin: „Erst vor zwei Wochen präsentierte er dem Parlament ein Budget, das mit der Realität nichts zu tun hat. Kocher sollte endlich einsehen, dass er der Aufgabe nicht gewachsen ist und zurücktreten.“

So habe es der ÖVP-Arbeitsminister etwa zugelassen, dass das Arbeitsmarktservice zu einem Ausländer-Arbeitsamt verkommen sei, erinnerte Belakowitsch: „Mittlerweile hat mehr als die Hälfte der Teilnehmer an AMS-Schulungen keinen österreichischen Pass.“

FPÖ-ABGEORDNETE DECKEN AUF

Obdachlose müssen auf Bonus warten!

Der FPÖ-Abgeordnete Walter Rauch thematisierte in einer Anfrage an „Klimaministerin“ Leonore Gewessler die Mail eines Mannes, der drei Jahre obdachlos war und laut Auskunft der Hotline vorerst keinen Klimabonus erhält. Gewessler bestätigte, dass Obdachlose – im Gegensatz zu Häftlingen und Asylwerbern – zumindest länger warten müssen. Denn die „abschließende Anspruchsfeststellung“ soll erst nach Jahresende durchgeführt werden. Dann sollen auch jene österreichischen Staatsbürger den 500-Euro-Bonus bekommen, die zwar über keine Meldeadresse, wohl aber über eine Hauptwohnsitzbestätigung in Österreich verfügen. Walter Rauch ist damit nicht zufrieden: „Es ist eine Schande, wie man illegale Zuwanderer serviciert und die Ärmsten der Armen unter den Österreichern, die tatsächlich jeden Cent brauchen würden, zapeln lässt.“



Foto: Parlament/Robert Simanis

Wenig Interesse an Plagiatsbekämpfung

Schlampige wissenschaftliche Arbeiten kosteten die erste Arbeitsministerin von Schwarz-Grün, Christine Aschbacher (ÖVP), den Job. Plagiatsvorwürfe gab es auch gegen Justizministerin Alma Zadic (Grüne). Das Verfahren wurde jedoch von der Uni Wien eingestellt. FPÖ-Wissenschaftssprecher Martin Graf (Bild) zeigte sich alarmiert, dass die renommierte „Frankfurter Allgemeine“ über die „Folgerlosigkeit“ von Plagiatsvorwürfen an der Uni Innsbruck berichtete. Hier soll ein deutscher CDU-Politiker in seiner Doktorarbeit „geschummelt“ haben. Die Sorge ist berechtigt: Weder Zadic noch Bildungsminister Polaschek (ÖVP) sehen Handlungsbedarf.



Harald Vilimsky

Deutsche Geisterfahrt bei der Einwanderung

Deutschland ist der Geisterfahrer zu Europas Asyl- und Migrationspolitik: Mit dem neuen „Chancen-Aufenthaltsrecht“ der Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP sollen nun auch abgelehnte Asylwerber ein Bleiberecht erhalten. Zuletzt gab es rund 300.000 ausreisepflichtige Personen in Deutschland, die nicht abgeschoben wurden. Gleichzeitig soll es nach fünf Jahren (statt bisher acht) eine Chance auf Einbürgerung geben.

Die Botschaft, die Deutschland damit aussendet, ist klar: Es

ist egal, ob jemand Asyl bekommt oder nicht, er kann bleiben und relativ rasch die Staatsbürgerschaft erhalten. Die Grenzen zwischen legaler und illegaler Migration werden damit weiter verwischt.

Wenn der Staat nicht mehr zwischen rechtmäßigem und unrechtmäßigem Aufenthalt unterscheidet, ist das die Absage an jede Art der Steuerung von Einwanderung. Das schafft einen weiteren Pull-Faktor, unter dem auch andere EU-Länder leiden werden. Die Unfähigkeit des Staates, das Recht durchzusetzen, wird umgewandelt in einen Anspruch auf die Staatsbürgerschaft. Dass es auch anders geht, zeigt die neue Regierung in Schweden: Dort wurde das unbefristete Bleiberecht abgeschafft, die Hürden für die Einbürgerung werden angehoben, sodass künftig frühestens nach acht Jahren darum angesucht werden kann. Ein krasser Gegensatz zu Deutschlands Lust an der Selbstaufgabe.

Brüssel: Medienkontrolle über eine neue Behörde

Mit der Argumentation, die abnehmende Pressefreiheit in der EU zu retten, plant Brüssel derzeit eine von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angeregte „zentrale Medienaufsichtsbehörde“, mit der die Pressefreiheit in den Mitgliedsländern de facto abgeschafft werden soll.

„Im europäischen Medienfreiheitsgesetz sind gemeinsame Schutzvorkehrungen auf EU-Ebene vorgesehen, um die Meinungsvielfalt zu gewährleisten und sicherzustellen, dass unsere Medien ohne jegliche private oder öffentliche Einflussnahme tätig sein können“, erklärte der für den Binnenmarkt zuständige EU-Kommissar Thierry Breton.

Dass die Kommission dabei Polen oder Ungarn im Visier hat, war überdeutlich. Man konnte also bereits ahnen, wie wenig es hier um Freiheit als vielmehr um zentralisierte Kontrolle und Zensur geht. Ganz abgesehen davon ist solch ein Plan ein gigantischer Tabu-

bruch: Eine zentrale Medienaufsichtsbehörde, die von Brüssel aus auch noch von der nicht gewählten EU-Kommission geleitet wird, bricht nicht nur mit allen Prinzipien der Pressefreiheit. Denn nirgends in den Verträgen, die die EU begründen, ist eine solche Kontrolle vorgesehen. Nicht nur aus Deutschland kommt darum Kritik an dem Verordnungsvorschlag: Der Entwurf sei ein „kompetenzüberschreitender Eingriff“ in die Kultur- und Medienhoheit der EU-Staaten.



EU will Zugriff auf die Medien.

EU will den Bürgern welche Politik sie z

Das „Rechtsstaatlichkeitsverfahren“ gegen Ungarn



Der bekennende konservative Regierungschef Ungarns auf der Anklagebank „Rechtsstaatlichkeitsverfahren“ wollen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und das Euro-

Die von der Union geplante Kürzung der EU-Gelder für Ungarn wurde am Dienstag von der Tagesordnung des EU-Finanzministerrats gestrichen. Was steckt hinter dem Vorwurf der Verletzung der „Rechtsstaatlichkeit“, mit dem die Kommission ihr Vorgehen begründet: einzig die Verunglimpfung ihres Kritikers Viktor Orbán.

Die EU-Kommission will Ungarn wegen Bedenken zur Rechtsstaatlichkeit mehr als 13 Milliarden Euro sperren. Dies geht aus einer Empfehlung hervor, die Österreichs Budgetkommissar Johannes Hahn, Kommissionsvize Valdis Dombrovskis und Justizkommissar Didier Reynders vergangene Mittwoch in Brüssel vorlegten. Neben 7,5 Milliarden aus dem EU-Haushalt werden Ungarn auch 5,8 Milliarden Euro aus dem Corona-Aufbaufonds verweigert.

Die Maßnahmen der EU gegen Ungarn zielen aber nicht darauf ab, das Land wegen angeblicher Versäumnisse bei Justizreformen zu bestrafen, sondern die politischen Machtverhältnisse im Land zu verändern. Brüssel will seinen kompetentesten Kritiker Viktor Orbán an die Kandare nehmen.

Gute und schlechte Korruption

Fast eine Milliarde Euro hätten der Ministerpräsident und seine Mitarbeiter unterschlagen, eine EU-Studie spricht von einer „Kultur der Korruption“. Bei der EU in

Brüssel werden derzeit insgesamt etwa 120 Fälle von Misswirtschaft, Missbrauch und Unterschlagung von mehreren hundert Millionen Euro untersucht. Aber das betrifft alles nicht Ungarn, sondern das link-links regierte Spanien. Nur so ein Vergleich, um aufzuzeigen, worum es EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und ihrer



Williger Sanktionen-Vollstrecker: ÖVP-Kommissar Johannes Hahn will Ungarn rund 13 Milliarden Euro

n vorschreiben, zu wählen haben

n ist eine demokratiegefährdende Farce



nk der EU-Kommission: Mit dem fragwürdigen „Rechtsstaatlichkeitsverfahren“ im Parlament den ungarischen Premier in die Knie zwingen.

Gender- und Diversitäts-Kommune wirklich geht: die richtige politische Ausrichtung eines Landes.

Denn sind die Medien in Österreich und Deutschland weniger „regierungsfreundlich“ als in Ungarn? Werden nicht auch in Österreich und Deutschland die Richtergerichte, beginnend vom Verfassungsgerichtshof, von der Politik besetzt?

Es geht in der Bestrafungsaktion vielmehr um Orbáns Weltanschauung, die auf der abendländischen Kultur und konservativen, traditionellen Werten für Gesellschaft, Familie und Individuum basiert, aber

keinesfalls Freiheit und Demokratie einschränkt.

Lernresistente ÖVP

„Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie des Schicksals, dass diese massive politische Einflussnahme auf innere Angelegenheiten Ungarns durch Brüssel von einem Österreicher, nämlich EU-Kommissar Johannes Hahn von der ÖVP, eingeleitet wurde. Er sollte es eigentlich besser wissen, wie willkürlich und destruktiv dieses Vorgehen gegen einen Mitgliedstaat sein kann, sofern er sich noch an das Jahr 2000 und die Sanktionen gegen ‚Schwarz-Blau I‘ erinnert“, erklärte der FPÖ-Abgeordnete Christian Hafenecker.

Möglicherweise müsse Hahn aber ohnehin bald ein Verfahren gegen seine eigene Heimat einleiten. Denn setzt man die Maßstäbe der EU-Kommission gegen Ungarn an Österreich an, so dürfte dies wegen der Enthüllungen des „ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschusses“ nur noch eine Frage der Zeit sein, merkte Hafenecker an.

Am vergangenen Dienstag hat der Finanzministerrat die Kommission aufgefordert, eine „aktualisierte Bewertung zu den ungarischen Reformen“ vorzunehmen.



EU-Budgetkommissar Johannes Hahn will die ungarischen Reformen an Fördergeldern vorenthalten.

KURZ UND BÜNDIG



Rom: Mehr Rückführungen

Die italienische Premierministerin Giorgia Meloni forderte die EU auf, eine gemeinsame Linie im Umgang mit der Rückführung von Migranten zu finden und dazu eine engere Kooperation mit den Herkunftsländern der Migranten zu suchen. Italiens Regierung sei fest entschlossen, seine Rolle bei dieser Aktion zur Bewältigung der illegalen Einwanderung im Mittelmeerraum zu stärken, betonte Meloni: „Wir fordern die Europäische Union auf, die migrationspolitische Zusammenarbeit mit ihren Partnern in Afrika und im Mittelmeerraum, die stärker in den Kampf gegen den Menschenhandel einbezogen werden müssen, wieder in Gang zu bringen.“

Sanktionen-Kreislauf

Mit Wochenbeginn ist das Erdöl-Embargo der EU gegen Russland für nicht über Pipelines transportiertes Öl in Kraft. Nach Angaben der „Financial Times“ habe Russland dafür Vorsorge getroffen und in diesem Jahr bis zu 109 Tanker gekauft, um angesichts der Sanktionen weiterhin Erdöl exportieren zu können. Zudem haben einige EU-Staaten Ausnahmen für ihre Reedereien herausverhandelt, um weiter russisches Erdöl transportieren zu können. Damit sollte Russland in der Lage sein, zusätzliches Erdöl nach Indien, China oder die Türkei zu liefern, die dann – mit Aufschlag – Benzin und Diesel in die EU verschiffen.



Sanktionen beschleunigen die Deindustrialisierung

Den ganzen Irrsinn der EU-Sanktionen an einem Beispiel: Die Einfuhr von russischem Flüssig-Erdgas (LNG) ist um etwa 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Gezahlt hat die EU dafür von Jänner bis September laut Wirtschaftsnachrichtenportal „Bloomberg“ den Rekordbetrag von 12,5 Milliarden Euro – fünfmal mehr als im Vorjahr!

Die Folgen für Europa sind dramatisch: Die Energiekrise gefährdet nach Einschätzung der Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers Schlüssel-sektoren der deutschen Industrie und könnte sogar eine Deindustrialisierung Europas auslösen. Europa verliere als Produktionsstandort an globaler Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität. Besonders hart von den explosionsartig gestiegenen Gaspreisen werde die deutsche Industrie getroffen, heißt es in der Studie der PwC-Tochter „Strategy&“.

„Viele Unternehmen könnten sich künftig dazu entscheiden,

ihre Produktion innerhalb Europas neu aufzustellen oder gänzlich aus Europa abzuziehen“, sagte „Strategy&“-Europachef Andreas Späne. Ähnlich sahen das auch die Ökonomen der Deutschen Bank in einer im Oktober veröffentlichten Studie: „Wenn wir in etwa zehn Jahren auf die gegenwärtige Energiekrise zurückblicken werden, könnten wir diese Zeit als Ausgangspunkt für eine beschleunigte Deindustrialisierung in Deutschland betrachten.“



Industrie braucht billiges Erdgas.

LESER AM WORT



Der Sündenfall der EU

Ein Dauerthema ist der Personalmangel in den Spitälern und der Mangel an Kassenärzten in vielen Gebieten. Dafür gibt es zwei Hauptgründe. Der eine ist die Bürokratie, die von der EU verlangt wird. Alles muss dokumentiert werden, jeder muss nachweisen können, dass er alle Patienten etc. über alles aufgeklärt hat, und dazu kommt noch der oft bis zur Lächerlichkeit übertriebene Datenschutz. Plötzlich sind Adressen und Telefonnummern sensible Daten, die man nur speichern darf, wenn der Betroffene eine seitenlange Erklärung unterschrieben hat. Die Bürokratie kostet so manchem Angestellten die Hälfte seiner Arbeitszeit, die dann natürlich im Umgang mit den Patienten fehlt. Der ebenso große Raubbau an Ressourcen wird durch diverse Corona-Schikanen verursacht. Dass die Tests nahezu wirkungslos sind, dass die FFP2-Masken weder Viren, noch andere Erreger abhalten, ist bewiesen und steht sogar als Warnung im Beipacktext. Aber man beharrt auf Wunsch der Erzeuger auf den Test- und Maskenzwang. Ganz schlimm für viele Spitalsmitarbeiter ist der Zwang zur Impfung. Darüber dürfen sie aber nicht sprechen, wenn sie ihren Job nicht verlieren wollen. Seit Jahren ist bekannt, dass es zu wenig Personal gibt, aber die Regierung reagiert nicht darauf, weil sie das Steuergeld lieber für den Ukraine-Krieg und „Geldspenden“ ausgibt als für

die Gesundheit des eigenen Volkes. Früher gab es in vielen größeren Spitälern „Schwesternschulen“, wo das Personal praxisnahe ausgebildet wurde. Heute muss alles „akademisch“ gebildet sein – möglichst fern von der Praxis.

Stephan Pestitschek, Strasshof

STANDARD-WATCHBLOG Corona-Demos: Rechtsextreme wittern "Jahrhundertchance"

In den kommenden Tagen soll Österreich mit weiteren Demonstrationen überzogen werden, am 12. Dezember gar ein "Generalstreik" folgen

Markus Salzbacher
2. Dezember 2021, 13:21, 711 Postings

Für kommenden Samstag ist eine "Megademo" angekündigt, am Sonntag, dem 12. Dezember, soll gar ein "Generalstreik" folgen: Seit die Regierung die Einführung der Impfpflicht angekündigt hat, gehen vehementeste Gegnerinnen und Gegner der Corona-Maßnahmen auf der Straße – zuletzt am Mittwoch. Ein Blick in einschlägige Gruppen des Messengerdienstes Telegram zeigt, dass sie das ganze Land mit Demonstrationen, Kundgebungen und "Streiks" überziehen wollen.

Hinter den Protesten steckt oftmals auch die FPÖ. Parteichef Herbert Kickl hat angekündigt, mit "allen Mitteln" gegen den "Corona-Faschismus" anzutreten.

Foto: Screenshot Der Standard

Hier Nazis, dort Helden

Bei uns wurde eine Protestbewegung, die für eine ordentliche Rechtsstaatlichkeit, gegen totalitäre Restriktionen und Ausgrenzung durch diese Regierung samt gleichgestrickter Medien in der Corona-Krise auftrat, von eben dieser „vierten Gewalt“ niedergemacht. Jetzt bejubeln dieselben die im kommunistischen China aufkommenden Protestbewegungen gegen die dortigen „Corona-Maßnahmen“ in den höchsten Tönen und verurteilen die „Schlägertruppen“ des kommunistischen Staates. Diese hochgeschätzten Demonstranten sind auf einmal keine „Faschisten“ oder „Rechtsextremisten“ mehr? Wer sind nun

wirklich die Rechtsextremisten im „realen Corona-Sozialismus“?

Alois Neudorfer, Vöcklabruck

Bürgernähe

Es ist schon interessant, dass die Sozialdemokraten immer mehr an Zustimmung bei den Wählern durch ihre eigene Politik verlieren. Wenn schon die Bahn streikt, hätte man den einen Tag freies Parken in Wien ermöglichen sollen. Die Ablehnung zeigt die grausliche Art des roten Wien, mit seinen Kunden umzugehen. Dass die Ukrainer mit Ihren 7er-BMW und Mercedes SUVs gratis in Wien parken, scheint normal zu sein, ebenso die freien Eintritte in Schönbrunn. Liebe Stadtgenossen, wie wäre es mit „gratis Parken“ in der Weihnachtszeit für alle Österreicher? Aber es gibt zum Glück die Blauen, die sich um den kleinen Mann kümmern. So wie es Herr Dominik Nepp macht oder Herr Kickl mit der Suche nach Möglichkeiten für den Grenzschutz. Das ist gelebte Bürgernähe.

Rudolf H. Krenn, Wien

Strafen für „Klimakleber“

Wie lange lässt die Politik uns die „Klima-Kleber“ noch auf der Nase herumtanzen? Diese in meinen Augen sinnlosen und dummen Aktionen sollten juristisch streng geahndet werden und die entstandenen

Kosten den betreffenden Personen auferlegt werden. Und was ist mit den Abgasen, die in den verursachten Staus dieser Zeit in die Atmosphäre geblasen werden? Ist das im Sinne des „Klimaschutzes“ oder doch nur im Aufmerksamkeits- und somit Spendeninteresse der Klima-Aktivisten?

Ernst Pitlik, Wien



Foto: reportier.co.at

(Fachkräfte)Einwanderung

Diese ständige Diskussion über Migration und Fachkräftemangel lässt schon seit 2015 erkennen, dass hier niemand in der Lage ist, diese Situation zu beherrschen. Vorzuwerfen ist unserer aktuellen Regierung, dass sie sich hinter EU-Richtlinien versteckt und selbst hilflos dasteht. Sich einmal Gedanken darüber zu machen, wurde negiert. Die fehlenden Fachkräfte sind ein selbstgemachtes Problem, das sich nicht durch Einwanderung lösen lässt, da diese nur weitere Probleme nach sich zieht.

Frank Christian, Auroldmünster

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

TERMINE

DEZEMBER 9/10 Adventfest in Großerbersdorf

MARONI- UND ADVENTFEST
VOR DEM KAUFHAUS HOLZER

FREITAG 09. DEZEMBER 2203 Großerbersdorf jeweils ab 16:00 uhr

SAMSTAG 10. DEZEMBER Verkauf von selbstgemachter Weihnachtsbäckerei

Aussteller:

- Uschi's Naturwerkstatt - Kräuterkissen
- Elena Huber - second-nature-art
- Iris Gandler - Kerzen
- Natürlich-Natürlich - Onlineshop Kosmetik
- Seelenflug - für Körper, Geist und Seele
- Just - Kosmetik
- Hubert - Zitrönpolprodukte

Punsch Glühwein Kinderpunsch Kartoffelpuffer Moroni (frei Spenden)

Neue **Freie** Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 - 29, Fax: 01 512 35 35 - 9
E-Mail: andreas.schoen@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

Halbjahrespreis € 15,-
 Jahrespreis € 30,-
 Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,-
 Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: Bank Austria, IBAN: AT41 1200 0006 0257 4105 Bestellungen auch per E-Mail: andreas.schoen@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.
** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



Opulente Weihnachtsfeier zum Ausschuss-Auftakt

350.000 Euro für „Betriebsweihnachtsfeier“ der Wien Energie

Während sich im Rathaus der Untersuchungsausschuss zur Wien-Energie konstituierte, schmiss das Unternehmen um 350.000 Euro eine Betriebs-Weihnachtsfeier. Für die FPÖ ein weiteres Zeichen der skandalösen Abgehobenheit der Wiener Genossen.

„Es zeigt schon das fehlende politische Gespür des Vorstands der Wien-Energie, wenn der eine derartige opulente Feier organisiert, aber gleichzeitig seine Kunden mit laufend erhöhten Strom- und Gaspreisen zur Verzweiflung treibt. Dafür kann wohl niemand außerhalb der roten Wohlfühlzone im Rathaus Verständnis aufbringen“, empörte sich Wiens FPÖ-Landesparteiobmann Dominik Nepp.

U-Ausschuss gestartet

Denn im Wiener Rathaus konstituierte sich zeitgleich die Unter-



Krauss: Wir wollen die Chats der SPÖ-Rathauspitzen einsehen.

suchungskommission zum Milliardenkandal der Wien Energie.

Zufrieden zeigt sich nach der Sitzung der Fraktionsführer der FPÖ Wien, Klubobmann Maximilian Krauss: „Unsere freiheitlichen Beweisangebote sind grundsätzlich angenommen worden. Lediglich der Antrag betreffend Chats und Protokolle wurde zurückgestellt, um vom Vorsitzenden bewertet zu werden. Ich sehe das als ersten Erfolg und

einen wichtigen Schritt in Richtung Aufklärung.“

Der Antrag, sämtliche Protokolle sowie Telefon-(Handy-), Chatprotokolle, E-Mail-Verkehr oder sonstige Aufzeichnungen aller involvierten Personen der MA5, MA20, Wiener Stadtwerke Holding, Bürgermeister, Vizebürgermeister und Finanzstadtrat vorzulegen, werde derzeit geprüft und soll in einer der nächsten Sitzungen beschlossen werden.

FPÖ fordert „SOKO Vergewaltigungen“

Der Wiener FPÖ-Chef Dominik Nepp und der Favoritener Bezirksparteiobmann Stefan Berger forderten nach der Vergewaltigungsserie der letzten Wochen die sofortige Einsetzung einer „SOKO Vergewaltigungen“: „Nachdem laut Medienberichten eine Vergewaltiger-Bande in Favoriten geradezu Jagd auf Frauen macht und im letzten Monat weitere schockierende Fälle bekanntgeworden sind, muss sofort gehandelt werden.“

Tatsache sei, so die beiden FPÖ-Politiker, dass es sich bei den mutmaßlichen Tätern fast immer um Migranten gehandelt habe. Besonders betroffen von der Verbrechenstserie ist der 10. Bezirk. Viele

Frauen würden sich in der Dunkelheit nicht mehr alleine auf die Straße trauen, berichtete Berger: „Verantwortlich für diese Politik ist SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig, der mit seiner Einladungs politik massenhaft kriminelle Migranten nach Wien gelockt hat!“

Die SPÖ hat aus dem ehemals stolzen Arbeiterbezirk ein Eldorado für ausländische Kriminelle gemacht, Leidtragende seien die noch verbliebenen Österreicher, für die die Zustände immer unerträglicher werden, erklärte Nepp: „Es braucht daher rasch eine Sondereinsatzgruppe der Polizei, um die Täter auszuforschen und weitere Vergewaltigungen zu verhindern.“



Nepp: Wien hat ein von der SPÖ verursachtes Kriminalitätsproblem.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Diese Kolumne heißt, no na, „Wiener Spaziergänge“. Als sie vor Jahren gegründet wurde, dachte ich mir noch nichts Arges dabei.

Weihnachtsverstimmung

Immerhin hat sich dazumal niemand gefragt, ob einer dieser Spaziergänge um sechs Uhr früh, um zwölf Uhr mittags oder um Mitternacht stattfindet. Es ist jetzt anders geworden. Auch wenn demnächst die Tage wieder länger werden, ist es um vier schon ganz schön finster. Und wie in Hazy Osterwalds „Kriminal-Tango“ huschen ab dieser Zeit dunkle Gestalten durch die Gassen.

Mit denen möchte man nicht unbedingt Bekanntschaft machen. Wer täglich die Zeitung liest und die Nachrichten hört, hat die Lust auf romantische Nachtsparziergänge verloren.

Und die wenigsten, die aus den lauschigen Plutzerln lausige Plätze machen, sind geborene Zillertaler. Sie kommen aus fernen, unbekanntem Morgenlanden, und unsere gesamte Regierungsmann- und frauenschaft singt ihnen „Ihr Kinderlein, kommet“. Unterstützt wird sie von einem gewaltigen Basso Oppositionato, begleitet auf einem goldenen Bösendorfer.

Dann drängt sich der Chor, seines verdienten Lobes bewusst, am neu befüllten Futter-Kripplein. Wenn einem da nicht das Herz – Pardon: das G'impfte aufgeht...

BURGENLAND **Falscher Preisdeckel**

Heftige Kritik am „Preisdeckel-Modell“ der SPÖ-Burgenland kam von FPÖ-Landesgeschäftsführer Rudolf Smolej: „Dieses Modell hat mehrere schwere Fehler. Die Deckelung durch die Dividende der Energie Burgenland zu speisen, ist eine Mogelpackung auf Kosten der Bürger, da diese ‚Rückvergütung‘ ja erst durch den teuren Tarif ermöglicht wurde.“ Zudem lehne die FPÖ die Refinanzierung über eine Besteuerung alternativer Energien ab, da dies ökologisch kontraproduktiv sei und eine weitere Belastung der Haushalte bedeuten würde.

OBERÖSTERREICH **Asylkosten explodieren**

Die Kosten für Grundversorgung und Integrationshilfe haben sich seit 2021 mehr als verdreifacht. „92 Millionen Euro wären das im kommenden Jahr. Die Gemeinden und Bürger haben genug, weil ihnen ständig neue Asylquartiere ohne jede Mitsprache vor die Nase gesetzt werden“, erklärte FPÖ-OÖ-Landespartei sekretär Michael Gruber.



Foto: FPÖ Oberösterreich

NIEDERÖSTERREICH **ÖVP erhöht Gebühren**

„Jetzt wissen wir, warum die ÖVP Niederösterreich den Antrag der Freiheitlichen im Landtag auf einen generellen Gebührenstopp in den Gemeinden abgelehnt hat. Mit Jahreswechsel schnalzt Mödling als eine der ersten Gemeinden die Gebühren kräftig nach oben. Weitere werden folgen“, zeigte FPÖ-Kommunalsprecher Dieter Dörner die Doppelzüngigkeit der niederösterreichischen Volkspartei auf. Die Gebührenerhöhung in Mödling wurde übrigens zusammen mit der SPÖ beschlossen. „In Zeiten der Rekordinflation auch noch die Kommunalgebühren zu erhöhen, ist das denkbar schlechteste Signal. Damit zeigt die zur ‚Mikl-Leitner-Machterhaltungsbeziehung‘ zusammengeschrumpfte Volkspartei einmal mehr, dass sie den Kontakt zum Bürger völlig verloren hat“, kritisierte Dörner.

Die Mikl-Leitner ÖVP vergisst auf Menschen mit Behinderungen

FPÖ fordert doppelten Fördersatz für die „persönliche Assistenz“

Seit 2003 wurde der Stundensatz für „persönliche Assistenz“ für behinderte Menschen nie erhöht. Das bedeutet einen Einkommensverlust von fast 55 Prozent.

„Die Mikl-Leitner-ÖVP handelt zukunftsvergessen und verantwortungslos gegenüber Menschen mit Behinderungen“, erklärte FPÖ-Landespartei chef Udo Landbauer zum Hilferuf der „WAG Assistenzgenossenschaft“ in St. Pölten.

Keine Erhöhung seit 2003

Der offene Brief des Vorstandes offenbare die ungeheure Benachteiligung für die Leistungen in der Assistenz wie der Nichtanhebung des 2003 (!) vereinbarten Stundensatzes. „Das ist jenseits von Gut und Böse. Der Fördersatz muss vom Land Niederösterreich sofort verdoppelt und jährlich an die Teuerung angepasst werden!“, forderte Landbauer. Denn die persönliche



Landbauer: Mikl-Leitner lässt behinderte Menschen im Stich.

Assistenz sei für behinderte Menschen eine wichtige Unterstützung für ein selbstbestimmtes Leben.

Anscheinend gebe es seit Monaten Gespräche mit der ÖVP-Landeshauptfrau und der zuständigen ÖVP-Landesrätin, aber ohne

jede Aussicht auf Erfolg, so der WAG-Vorstand. „So eiskalt ist ‚Landesmutter‘ Mikl-Leitner! Sich selbst feiert die ÖVP überschwänglich und verspricht den Menschen Millionepakete, die es in Wahrheit dann gar nicht gibt“, empörte sich Landbauer.

KÄRNTEN **Asylchaos völlig ignoriert!**

Offensichtlich sei SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser mit dem Asyl-Chaos in Österreich völlig zufrieden, bemerkte Kärntens FPÖ-Landesparteiobmann Erwin Angerer zum Ergebnis der letztwöchigen Landeshauptleute-Konferenz: „Denn nur so ist es zu erklären, dass er das Thema völlig

ignoriert und keine Initiative gesetzt hat. Ein Landeshauptmann, der für die eigene Bevölkerung, statt für illegale Einwanderer da ist, hätte sich nämlich massiv für einen Asyl-Stopp und einen Schutz der österreichischen Grenzen einsetzen müssen.“

Kaiser sei zusammen mit seinen rot-schwarzen Kollegen und der schwarz-grünen-Bundesregierung verantwortlich für diesen Scherbenhaufen namens österreichische Asylpolitik. „Österreich wurde von ÖVP, SPÖ und Grünen zu einem Magnet für illegale Migration gemacht, der die illegale Einreise hunderttausender Einwanderer unter dem Deckmantel des Asyls ermöglicht hat, obwohl sie aus sicheren Drittstaaten nach Österreich kommen und daher an den Grenzen hätten zurückgewiesen werden müssen“, betonte Angerer. Es stelle sich einmal mehr heraus, dass die FPÖ die einzige Partei sei, die die Interessen der Österreicher vertrete.



Angerer: Kaiser soll sich endlich um die Kärntner kümmern.

TIROL **Falscher Ansatz in der Asylpolitik**

Würde Tirols SPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Georg Dornauer nur halb so viel Energie zur Verhinderung der illegalen Einwanderung aufwenden wie zu deren Herbergssuche, dann wäre die Asylkrise längst abgewendet, erklärte FPÖ-Landesparteiobmann Markus Abwerzger: „Österreich schafft es nicht mehr. Daher braucht es Notmaßnahmen, damit Österreich nicht das Armenhaus in Europa wird. Denn die Bevölkerung leidet unter der massiven Teuerungswelle und daher brauchen wird keine Scheinasylanten, die unser Sozialsystem ausnützen. Wir brauchen jeden Cent für unsere Leute!“

SALZBURG 

Trotz der saftigen Strompreiserhöhung will Salzburgs Landesregierung stromfressende Wärmepumpen in allen Haushalten des Landes.

Foto: Weissmann

Kritik an verpflichtendem Stromfresser-Heizsystem

Pflicht-Wärmepumpen bringen extreme Energiekosten für die Bevölkerung!

Zuerst werden für den Erhalt der Wohnbauförderung strombasierte Heizungen verlangt. Jetzt lässt Haslauer die Menschen mit den Stromrechnungen im Stich.

„Wie wollen Sie diejenigen vor einem finanziellen Ruin bewahren, die sich in gutem Glauben und auf die Propaganda führender Politiker hin zunächst kostenintensive Wärmepumpen eingebaut haben und jetzt aufgrund der Strompreiserhöhungen vor exzessiven Mehrkosten stehen?“, fragte FPÖ-Parteichefin Marlene Svazek ÖVP-Landeshauptmann Wilfried

Haslauer zur Strompreiserhöhung der Salzburg AG. 5.000 zusätzliche Kilowattstunden alleine für eine Luftwärmepumpe seien keine Ausreißer, sondern Standard, erläuterte Svazek. Die Landesregierung könne nicht derart stromintensive Heizsysteme verordnen und dann die – meist jungen – Familien mit der Strompreis-Explosion im Regen stehen lassen.

Stromfresser statt Strom sparen?

Die FPÖ-Landeschefin zeigte auf, dass die von der Bundesregierung beschlossene Stromkostenbremse bei Weitem nicht ausreichte:

„Die gedeckelten 2.900 Kilowattstunden sind berechnet für einen Zweipersonenhaushalt, in dem beide arbeiten und dementsprechend untertags kaum daheim sind. Ein durchschnittlicher Familienhaushalt mit vier Personen verbraucht jedoch an die 5.000 kWh – plus 5.000 für die Wärmepumpe. Das bedeutet – je nach Preisentwicklung – strombedingte Mehrkosten von mehreren tausend Euro pro Jahr!“ Bei derart hohen Preisen sei es nur eine Frage der Zeit, bis die Leute sich zwischen Lebensmitteleinkauf und Heizen entscheiden müssten.

Billiger Anpatzversuch!

Am Sonntag erschien auf der Webseite der „Kleinen Zeitung“ ein Artikel unter dem Titel „Hausdurchsuchungen bei Grazer FPÖ: Daten mit NS-Bezug gefunden“, der von allen Medien des Landes eifrig übernommen wurde.

„Dieser Titel ist objektiv falsch. Weder bei der FPÖ Graz, die ihren Sitz im Alexander-Götz-Haus hat, noch bei ihren aktuellen Verantwortungsträgern haben Hausdurchsuchungen stattgefunden. Einzig bei ehemaligen FPÖ-Funktionären und privaten Vereinen ha-

ben vor einigen Wochen derartige Durchsuchungen auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Klagenfurt stattgefunden“, empörte sich der steirische FPÖ-LandesparteiSekretär Stefan Hermann.

Dieser Anpatzversuch sei politisch motiviert, erklärte doch die Staatsanwaltschaft, dass noch nicht klar sei, ob das Material ehemaligen FPÖ-Politikern oder anderen Personen zuzuordnen sei. „Wir werden daher rechtliche Schritte gegen diese falsche Berichterstattung prüfen“, erklärte Hermann.

STEIERMARK 

Hermann: Rechtliche Schritte gegen falsche Berichterstattung.



Marlene Svazek
FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

Eine Grußformel gehört ja zu den Routineformeln. Eine einfache, meist kulturell-geprägte Redewendung oder Geste eben. Sie signalisiert eine kommunikative Beziehung zwischen mindestens zwei Gesprächspartnern im Rahmen einer Begegnung.

Und damit wär es das ja eigentlich schon gewesen, oder?

Grüß Gott!

Nein, leider. Denn so einfach ist das Ganze nicht. Denn während wir gerade die Asylzahlen von 2015 täglich übertreffen, die Teuerungskrise den Familien härter als jeder Salzburger Winter zusetzt und die Betriebe – in dieser Abwärtsspirale gefangen – mehr rote als schwarze Zahlen schreiben, haben sich ÖVP und SPÖ gerade auf das wahrscheinlich brennendste Thema der Krisenjahre eingeschossen: Na, Grüß Gott!

Prinzipiell hätte die Grußdebatte „Twitter“ ja niemals verlassen, wenn sie nicht durch ranghohe Politiker der beiden Parteien angezettelt und befeuert worden wäre.

Kurzum: Niederösterreichs ÖVP-Landesgeschäftsführer Bernhard Ebner hat seine Befragung im ÖVP-U-Ausschuss mit den Worten „Grüß Gott!“ begonnen. Worauf SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer reagiert haben soll mit: „In Wien heißt das nicht Grüß Gott, sondern Guten Tag!“ Ja, inzwischen soll es ja keinen SPÖler mehr geben, der noch nicht nach seinem Grußverhalten medial befragt worden ist. Irr.

Aber ganz ehrlich? Anstatt, dass sich die SPÖ zu sehr mit Phrasen des Grüßens auseinandersetzt, sollte sie sich lieber andere Gedanken machen. Zum Beispiel über die Verabschiedung.

GEZWITSCHER



Boris Yelnikoff

@Die_Alexs



Die #EU Oberen wollen #Twitter voll nutzen, aber #Musk ihre selbstgeschriebenen Moralregeln vorschreiben, was er mit Twitter wie zu tun hat. Diese Überheblichkeit zeigt eindrücklich, wie selbstgefällig und arrogant die EU ist und wer wirklich die Regeln macht.

24. Nov. 2022 18:28

Meinungsfreiheit heißt in der EU, dass nur die Meinung der EU-Institutionen zählt, bzw. zu gelten hat.

Tom

@Thomas139778461



In Innsbruck ist eine Demo von Asylwerbern angekündigt, wegen Österreichs schlechter Asylpolitik. Also Asylwerber, die illegal nach Österreich gekommen sind, wider aller rechtlichen Bestimmungen, EU-Normen, von Österreich aufgenommen wurden, rundumversorgt werden, protestieren.

16. Juni 2021 08:46

Österreich 2022: Weit haben wir es unter Schwarz-Grün gebracht.

TELEGRAM



GEFÄLLT MIR



Herbert Kickl

3. Dezember 2022

Wie ist es zu erklären, dass Geld für fragwürdige Impf-Propaganda verfügbar ist, aber kein Geld für die wichtigen Probleme im Gesundheitswesen?

Wofür VIEL Geld da ist:



Wofür KEIN Geld da ist:



1.256 Personen gefällt das.

Der „Wiener Weg“ der SPÖ: Ge-sparrt wird bei den Bürgern.

Werbeagenturen in Angst vor zu viel Meinungsfreiheit auf Twitter

Elon Musks Ankündigungen irritieren Österreichs Online-Vermarkter

Musks Ankündigung von echter Meinungsfreiheit lässt die linke „Twitteria“ und Werbeagenturen vor „Polarisierung“ in der Gesellschaft zittern.

Rund drei Millionen Euro werden von österreichischen Unternehmen für Werbung auf „Twitter“ ausgegeben. Der Online-Vermarkterkreis (ÖVK) befürchtet jetzt „weitreichende negative Auswirkungen für Werbetreibende durch erratische Entscheidungen des neuen Twitter-Eigentümers“.

Schock bei linker „Twitteria“

Bisher hat die Massenkündigung dem Kurznachrichtendienst nicht geschadet. Denn die Techniker, die den Betrieb am Laufen halten, sind geblieben, nur die Gender- und Diversitätswächter sowie die linken Zensoren sind vor der Ankündigung, künftig Arbeitsprotokolle abgeben und gegebenenfalls auch unbezahlte Überstunden leisten zu müssen, geflüchtet.



Schadet „Meinungsfreiheit“ auf „Twitter“ dem Image der Werber?

Woraus der ÖVK „massive Umsatzeinbrüche und eine ungewisse Zukunft“ für „Twitter“ ableitet, beruht zumeist auf dem hysterischen Abwanderungs-Geschrei linker und grüner Politiker, denen bisher keine Umsetzung gefolgt ist. Dennoch warnt der ÖVK, dass die Unterneh-

men, die Twitter die Treue halten, durch die „Shitstorms“ der irritierten Links-Twitteria Imageschäden erleiden könnten: „Marken und Firmen haben eine medienpolitische Verantwortung, die von ihren Konsument:innen verstärkt wahrgenommen wird. Wer sich für ein hasserfülltes, negatives und unsicheres Umfeld entscheidet, verliert zwangsläufig Käufer:innen, welche diese Marken boykottieren.“

FPÖ IN DEN MEDIEN

Fairness endet bei der ÖVP ab sechs Millionen Euro. So weigerte sich die Opposition, das von der niederösterreichischen ÖVP vorgelegte Fairnessabkommen zur Landtagswahl am 29. Jänner zu unterzeichnen, berichtet der „Kurier“.



Die ÖVP wollte keine Senkung des Wahlkampfkostenlimits von sechs Millionen Euro – und das in Zeiten der Teuerungswelle, zitiert die Zeitung FPÖ-Nationalrat Christian Hafenecker. Er bezeichnete das Anliegen der Volkspartei als „reine Show“.

„Schluss mit Geheimnissen“ fordern FPÖ und Liste Fritz in Tirol. So berichtet die „Kronen Zeitung“ über eine von den beiden initiierte Sonderprüfung des



Landesrechnungshofes zu Geldflüssen landesnaher Unternehmen an Parteien und Institutionen. „Das ist keine Bösartigkeit unsererseits, wir helfen der ÖVP

sauberer zu werden, wenn sie nicht schon sauber sind“, zitiert die Zeitung FPÖ-Landeschef Markus Abwerzger.



GISBÄRS TV-NOTIZ

sei und „Krankenhäuser blockiert“ habe. Damit habe sie das Recht, gegen die „Klima-Kleber“ härtere Strafen zu fordern, verwirkt.

Zur Erinnerung: Es gab eine Demo vor einem Krankenhaus, die über die sozialen Medien als „Blockade und Bedrohung der Ärzte“ hochstilisiert worden ist.

Die Polizei deklarierte das als Falschmeldung: „Es kam dabei weder zu Behinderungen von Rettungskräften, noch zu sonstigen Straftaten oder Übertretungen.“

Mit der FPÖ-Forderung werde der „Klimaprotest delegitimiert“, jammerte der Grüne. Aha, aber die Corona-Demonstrationen als Aufmärsche von „gewalttätigen Rechtsradikalen und Neonazis“ zu „würdigen“, dürfe man den zigttausenden friedlichen Teilnehmern ruhig umhängen. Es ging ja eh nur um Grund- und Freiheitsrechte, die entsprechend Hammers Einordnung gegenüber der „Klimakatastrophe“ gänzlich zu vernachlässigen seien. Objektivität à la ORF.

Ein komödiantischer Weltuntergang ohne Hintergründiges

Uraufführung einer „Apokalypse Miau“ am Wiener Volkstheater

Zuerst wird man beim vorzeitigen Eintritt in den Zuschauerraum niedergedröhnt. Eine praktikable Methode, um das Publikum gleich einmal kleinzukriegen.

Ach, denkt man nostalgisch, was und wen hab' ich hier schon alles gesehen. Den die Erde vernichtenden Kometen des Lumpazivagabundus zum Beispiel. Und die Lotte Ledl hat „So leb' denn wohl, du stilles Haus“ gesungen.

Dafür aber ist hier keine Zeit. Und es gibt keinen Pardon. Der Vorhang, auf den eine große Winkekatze projiziert war, geht auf. Sie wird noch eine Rolle spielen. Die Katastrophe nimmt ihren Lauf.

Der Reihe nach treten sie auf. Und es dauert gar nicht lange, da fällt einem der Qualtinger-Sklenka-Sketch ein, in dem zwei in Komotau, Bielitz und Bunzlau herabgekommene Mimen mit der Frage „Wie legst du ihn an?“ den dritten Zwerg in einem „Funk“ besprechen. Und man fragt sich auch, warum man als Eintritts-Getöse nicht den alten Katja-Ebstein-Schlager „Theater, Theater“ aufgelegt hat.

Zuerst aber erscheint eine Moderatorin. Gleich vorweg: Sie ist umwerfend. Sprache, Gesten, Körperhaltung, leichter Akzent – da ist alles vorhanden, was man von einer „The winner is“-Ankündigerin des Oscar erwartet und bekommt. Evi Kehrstephan dürfte sie monatelang studiert haben.

Dann aber erscheinen sie der Reihe nach. Der Regisseur im bewussten schlampigen grauen Second-Hand-Anzug, die Regisseurin, auch nicht die Jüngste, zwei Schauspieler gegenteiliger Polit-Meinung, eine mäßig begabte Schauspielerin, ein aufreibender Choreograph, ein eher seltsamer Autor, der – wie schön – gegen das Gendern ist.

Alle vor den Vorhang

Was der Regisseur – wie ist doch sein Name? Ach ja! Kay Voges. Kennen Sie ihn? – nicht ruinieren konnte, ist die erstklassige Schauspielkunst der Genannten. Das sind Andreas Beck, Anke Zillich, Elias Eilinghoff, Mario Fuchs, Uwe Rohbeck, Christoph Schüchner und Bettina Lieder.

Vorher schon sind es neben der Moderatorin die zwei kleinen „Gogo-Girls“ Irem Gökçen und Mag-



dalena Simmel, die später auch zu Teletubbies mutieren.

Und da ist halt, den halben Abend beherrschend, der Smalltalk der Künstler-Darsteller.

Aufreibend und oft recht primitiv geraten sie hier im Aufenthaltsraum vor der Verleihung des Destroy-Preises einander in die Haare, der primitive Linke, der einen „Destroy“, dem armen Nestroy folgend auf der ersten Silbe betonten in den Händen haltende Rechtsradikale, die Besserwisserin, der Alles-in-Frage-Stellende, die über allem stehende Hollywood-Diva, der erfolgreiche Autor. Es geht, so heißt's im Text, um Fragen der Perspektive.

Ins Schwarze Loch

Ein in einem österreichischen Dialekt Sprechender ist ebenfalls dabei. Übrigens kommt auch Sankt Pölten ins Spiel, zu Unrecht mitleidig belächelt, denn die haben dort keinen Voges und auch keinen Autor namens Kristof Magnusson.

Und Herr Voges hat's im Prinzip auf der sehr norddeutschen Übersetzung belassen, wo sich statt eines Plastiksackerls beharrlich die Kunststoff-Tüte behauptet.

Aber man fragt sich, warum man sich das anhören und anschauen muss? Im Havelka gibt's das gratis. Ja, die Sache spielt sich in Wien ab, aus einem überdimensionalen Fenster sieht man auf die Stadt.

Die geht dann nach der Pause erbarmungslos unter, man hat es ja erwartet. Unter ohrenbetäubendem, das ganze Theater erschütterndem

Gedonner birst die ganze Einrichtung, ein Aschenregen überzieht die Gegend. Ein paar Akteure gibt's nicht mehr. Sie liegen schon tot herum. Die Stadt ist kaputt.

Doch nein. Da ist noch das Volkstheater. Es spielt drei scho-

nungslose Stunden lang. Wenn man an Gott glaubt, heißt das nicht zwangsläufig, dass man fromm ist.

Wenn das Publikum nach dieser „Komödie“ heftig applaudiert, gilt es nicht unbedingt dem Stück.

Herbert Pirker

Glück ist, wenn alle etwas davon haben

Das soziale Engagement, zu dem auch die Unterstützung für „Licht ins Dunkel“ zählt, erfolgt gerne und aus Überzeugung

Bei der großen Spendengala anlässlich „50 Jahre Licht ins Dunkel“ am 18. November überreichte Erwin van Lambaart, Generaldirektor der Österreichischen Lotterien, einen Spendenscheck in Höhe von 50.000 Euro.



Das Unterstützungsprogramm der Österreichischen Lotterien ist vielfältig. Projekte, bei denen Integration und Inklusion eine zentrale Bedeutung haben und damit der Mensch im Mittelpunkt steht, hatten dabei schon immer einen besonderen Stellenwert.

Mit der Aktion „Licht ins Dunkel“ kommt die finanzielle Hilfe dort an, wo sie wirklich gebraucht wird. „Es ist wunderschön, diese Stimmung hier mitzuerleben. Man merkt: Es geht nicht um einen Rekord. Nicht darum, das vergangene Jahr zu toppen oder zum Jubiläum eine Bestleistung zu erzielen. Hier zählt wirklich jeder einzelne Euro, und an jedem einzelnen Euro ist wiederum das Besondere, dass er von Herzen kommt.“, Erwin van Lambaart über seinen Einsatz am Spendentelefon.

24 x 4.000 Euro extra bei Lucky Day

Die zusätzliche Gewinnchance im Dezember



s' Herrchen wird 28!

Alle Spielteilnehmer:innen, die jetzt einen Lucky Day Tipp abgeben, haben verstärkte Aussichten auf einen Glückstag. Denn unter sämtlichen von 5. bis 18. Dezember 2022 mitspielenden Lucky Day Losnummern werden 24 Glücksspitze ermittelt, die jeweils 4.000 Euro gewinnen. Die Ziehung der Losnummern findet am Sonntag, dem 18. Dezember im Anschluss an die Lucky Day Ziehung statt. Die Quittungsnummern werden unter anderem in den Annahmestellen, über win2day und im ORF-Teletext bekanntgegeben. Bei Lucky Day hat man mit dem persönlichen Glücksdatum täglich die Chance auf bis zu 250.000 Euro. Dafür werden Tag, Monat und Jahr auf den Wettschein übertragen, per Zufallsgenerator wird noch eines von 16 Glückssymbolen hinzugefügt.




HERBERT KICKL
FPO-Klubobmann und
Bundesparteiobmann

HANNES AMESBAUER
FPO-Sicherheitsprecher

**GRENZSCHUTZ
STATT ZELTLAGER!**

ASYLSTOPP JETZT!

Seit Schwarz-Grün regiert, sind Österreichs Grenzen wieder offen wie Scheunentore. Die Regierung kapituliert vor den illegalen Einwanderern und ihren Schleppern. Anstatt endlich die Grenzen zu sichern, lässt der ÖVP-Innenminister Zelte aufbauen. Und Karner verweigert den Bürgern auch eine transparente und tagesaktuelle Information darüber, wie schlimm die Lage schon ist.

DIE HARTEN ASYL-FAKTEN:

- Österreich ist nach Zypern das **am stärksten vom Asylanstrom betroffene EU-Land**. Pro Kopf werden dreimal so viele Asylanträge gestellt wie in Deutschland und sogar **viermal so viele wie im EU-Durchschnitt**.
- Die illegalen Einwanderer sind fast nur Männer – **94 Prozent** der erwachsenen **Asylantragsteller sind männlich**. Sie kommen vorwiegend aus **Afghanistan, Syrien, Indien, Tunesien oder Pakistan**.
- Mit über **90.000 Personen, die in der Grundversorgung auf unsere Kosten leben**, ist der bisherige Rekordwert aus 2017 bereits übertroffen.

DIE FORDERUNGEN DER FPÖ:

- Asylstopp jetzt! Aussetzen aller Asylanträge auf österreichischem Boden – Österreich hat genug geleistet
- Ermöglichen von „Pushbacks“ – Österreich ist von sicheren Staaten umgeben
- Einführung eines **Strafdelikts „Asylbetrug“** und sofortige Abschiebung von Asylbetrüggern
- Sofortiger Abbruch des Asylverfahrens und **Abschiebung von straffälligen Asylwerbern**
- Wiedereinführung von **Ausreisezentren**
- Schließung von Asylunterkünften** in kleinen Gemeinden
- Keine Staatsbürgerschaft** für Asylanten
- Staatszielbestimmung: **„Österreich ist kein Einwanderungsland“**
- Echter Grenzschutz mit **Zäunen statt Willkommenskultur**
- Ablehnung des EU-Asyl- und Migrationspaktes**

FPÖ.AT/ASYLSTOPP-JETZT



HERBERT KICKL
FPO-BUNDESPARTEIOBMAN

UDO LANDBAUER
FPO-LANDESPARTEIOBMAN

EINLADUNG ZUM TRADITIONELLEN NEUJAHRSTREFFEN

Samstag, 14. Jänner 2023
Beginn: 10.00 Uhr | Arena Nova
Rudolf-Diesel-Straße 30, Wiener Neustadt

ab 10.00 Uhr: Musik mit der „John Otti Band“

ab 11.00 Uhr: Rede **Udo Landbauer**, Landesparteiobmann
Rede **Herbert Kickl**, Bundesparteiobmann

Wir freuen uns auf Euer Kommen

FPO DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

FBI Freiheitliches Bildungsinstitut

Politische Bildung aktuell

Partei Parlament Publikationen Seminare Veranstaltungen Schulungen

JA Junge Akademie

Erfolgreicher Abschluss der Jungen Akademie, Jahrgang 2022

Großartige Präsentationen, tolle Stimmung und Zertifikatsübergabe.

Ende November endete der neunte Jahrgang der Jungen Akademie in Wien. Im Beisein von FBI-Vizepräsidenten NAbg. Mag. Harald Stefan und FBI-Geschäftsführer Dr. Klaus Nittmann hielten die Absolventen ihre Abschlussreden. Sowohl Harald Stefan als auch Klaus Nittmann sowie Lehrgangsführer Dietmar Heuritsch zeigten sich beeindruckt und erfreut über die hervorragenden Abschlusspräsentationen und den festen Zusammenhalt in der Gruppe. Sie betonten die Wichtigkeit einer hochwertigen Ausbildung, aber auch der menschlichen und persönlichen Qualität von jungen Funktionären.

Die Junge Akademie ist ein bundesweites Ausbildungsprogramm des Freiheitlichen Bildungsinstituts (FBI) und richtet sich an junge Funktionäre und Mandatäre. Der ein-

jährige Lehrgang trägt den Titel „Politik und Politikmanagement“ und wird berufsbegleitend in sechs Modulen abgehalten.

Das Programm umfasst vor allem die Themen politische Kommunikation, Rhetorik, Wissen um Demokratie und Staat, Umgang mit Medien, Wahlkampforganisation

und Ortsgruppenmanagement. Neben der fachlichen Ausbildung wird auch besonderes Augenmerk auf die persönliche Entwicklung der Teilnehmer gelegt. Lehrgangsführer Dietmar Heuritsch: „Nicht Einzelkämpfer sind gefragt, sondern Teamspieler mit Herz für die Menschen und Einsatzbereitschaft für unser Land“.



Das Freiheitliche Bildungsinstitut gratuliert allen Teilnehmern zum erfolgreichen Abschluss!